

#RISEUP4ROJAVA

GEGEN DIE TÜRKISCHE INVASION IN ROJAVA!



#RISEUP4ROJAVA

GEGEN DIE TÜRKISCHE INVASION IN ROJAVA!

Demonstration gegen die türkische Invasion in Rojava

Dienstag, 15. Oktober um 18:30 Uhr Donnerstag, 17. Oktober um 18:30 Uhr Freitag, 18. Oktober um 18:30 Uhr

Samstag, 19. Oktober um 14:00 Uhr Osnabrück Hauptbahnhof

Nach einem Telefongespräch zwischen Trump und Erdogan haben die USA ihre Truppen aus Syrien abgezogen. Seit Mittwoch (9. Sept.) greifen die türkische Armee und IS-ähnliche Gruppen in Nord- und Ostsyrien (Rojava) an. Bis jetzt kamen mehrere Zivilisten, unter anderem auch Kinder, ums Leben. Dieser Angriff wird zurecht von der Weltöffentlichkeit als "völkerrechtswidrig" verurteilt.

Erdogan droht der EU, die Tür nach Europa für Flüchtlinge zu öffnen. Doch dieser Angriff destabilisiert Syrien und man kann voraussehen, dass infolgedessen Millionen Menschen flüchten werden. Deswegen muss Erdogan gestoppt und die aufgebaute Basisdemokratie in der Region verteidigt werden.

Seit Mittwoch gehen weltweit Menschen auf die Straßen und fordern ein Ende dieser Angriffe. Auch in deutschen Städten sind mehrere tausend Demonstrierende auf die Straßen gegangen.







Demonstration gegen die türkische Invasion in Rojava

Dienstag, 15. Oktober um 18:30 Uhr Donnerstag, 17. Oktober um 18:30 Uhr Freitag, 18. Oktober um 18:30 Uhr

Samstag, 19. Oktober um 14:00 Uhr Osnabrück Hauptbahnhof

Nach einem Telefongespräch zwischen Trump und Erdogan haben die USA ihre Truppen aus Syrien abgezogen. Seit Mittwoch (9. Sept.) greifen die türkische Armee und IS-ähnliche Gruppen in Nord- und Ostsyrien (Rojava) an. Bis jetzt kamen mehrere Zivilisten, unter anderem auch Kinder, ums Leben. Dieser Angriff wird zurecht von der Weltöffentlichkeit als "völkerrechtswidrig" verurteilt.

Erdogan droht der EU, die Tür nach Europa für Flüchtlinge zu öffnen. Doch dieser Angriff destabilisiert Syrien und man kann voraussehen, dass infolgedessen Millionen Menschen flüchten werden. Deswegen muss Erdogan gestoppt und die aufgebaute Basisdemokratie in der Region verteidigt werden.

Seit Mittwoch gehen weltweit Menschen auf die Straßen und fordern ein Ende dieser Angriffe. Auch in deutschen Städten sind mehrere tausend Demonstrierende auf die Straßen gegangen.





